

→ ling grundsätzlich zu begrüßen, ebenso die Verteilung von nicht verkauften Lebensmitteln an Bedürftige. Die Bemühung des Einzelnen, nichts Überflüssiges zu kaufen und Dinge möglichst lange zu nutzen, mag an der Gesamtsituation zunächst nicht viel ändern. Doch sie zeugt von dem Respekt vor menschlicher Kreativität und Leistung, mit denen die Waren hergestellt wurden, sowie von Respekt vor den Ressourcen der Umwelt – wenn man will: von Ehrfurcht vor Gottes Schöpfung, der wir die Dinge verdanken. ←

Frauen für den Frieden

Für UN-Friedensmissionen wünscht sich die ruandische Regierung mehr Frauen, um die Opfer bewaffneter Konflikte besser zu schützen. „Frauen haben mehr Fähigkeiten und ein besseres Verständnis, um anderen Frauen und Kindern zu helfen, die bei gewaltsamen Konflikten am stärksten gefährdet sind“, erklärte ein ruandischer Polizeisprecher. Im Rahmen seiner Friedensmission hatte Ruanda zuletzt 85 Polizistinnen in den Südsudan geschickt – auch, um soziale Beratung für die Betroffenen des dortigen Bürgerkriegs anzubieten.

Die Vereinten Nationen wollen bis Ende des Jahres 20 Prozent mehr Polizistinnen und 15 Prozent mehr Soldatinnen in Kriegs- und Krisengebiete senden. Derzeit liegt der Anteil weltweit bei 30 Prozent.

FÜR SIE NOTIERT

Runzelblocker

Nahezu eine halbe Million Wörter umfasst die deutsche Sprache. Josef Kraus, der frühere Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, liebt vor allem die Ausdrucksvielfalt. „Die Komplexität der deutschen Grammatik und Syntax ist ... auch Ausdruck der Komplexität des Denkens, das die Philosophie und die Wissenschaft in Deutschland hervorgebracht haben“, so Kraus in einem KNA-Interview. Daher wünscht er sich, dass nicht nur das Englische, sondern jede nationale Sprache Wissenschaftssprache sein soll, denn dadurch würden Wissen und Wissenschaft demokratisiert. „Auch wenn viele deutsche Wissenschaftler über exzellente Fremdsprachenkenntnisse verfügen: Komplexe Sachverhalte können sie niemals so treffsicher, stilistisch so nuanciert und vor allem so bildhaft wiedergeben, wie das in einer Muttersprache möglich ist.“

Kraus stören die vielen Anglizismen, auch wenn er kein Sprachpurist sei, wie er gesteht. Denn eine Sprache ist lebendig, wenn sie immer neue Begriffe aufnimmt. Allerdings empfindet er das Übermaß an englischen Ausdrücken als ärgerlich. „Mit ein wenig mehr Kreativität könnte man viele Anglizismen vermeiden“, vermutet Kraus. So sei *Cold War* zum Kalten Krieg eingedeutscht worden, *Air Lift* zur Luftbrücke. „Anti-Aging-Produkte könnte man als Faltenbügler oder Runzelblocker bezeichnen – da gibt es viele, auch witzige Möglichkeiten.“

CHRISTLICHES ZEITGESCHEHEN

Scham über Ergebnisse der Studie zu sexueller Gewalt

Mit der Bitte um Entschuldigung und deutlicher Selbstkritik hat der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, der Münchener Erzbischof und Kardinal Reinhard Marx, auf die Studie über sexuelle Gewalt durch Geistliche reagiert. „Allzu lange ist in der Kirche Missbrauch geübt ... worden“, es sei „weggeschaut und vertuscht worden“, sagte er in Fulda. Zu lange habe man sich vor allem um das Ansehen der Institution und der Täter gekümmert. Wörtlich sagte Marx weiter: „Ich empfinde Scham für das Wegschauen von vielen, die nicht wahrhaben wollten, was geschehen ist, und die sich nicht um die Opfer gesorgt haben. Das gilt auch für mich. Wir haben den Opfern nicht zugehört.“

Nachdem mehrere Medien bereits über Teile der Studie berichtet hatten, hat die Bischofskonferenz sie nun auch offiziell vorgestellt. In den 38 156 ausgewerteten Personalakten der 27 deutschen Bistümer gab es dabei bei 1670 Klerikern (4,4 Prozent) Hinweise auf Beschuldigungen sexuellen Miss-

brauchs Minderjähriger. 3677 Kinder und Jugendliche sind als Opfer der Taten dokumentiert.

Der Koordinator der Studie, Harald Dreßing, zeigte sich erschüttert über das Ausmaß der Vorfälle. Die Ergebnisse legten nahe, dass es in der Kirche Strukturen gegeben habe und gebe, die Missbrauch begünstigen könnten, sagte der Mannheimer Psychiater. „Dazu gehören der Missbrauch klerikaler Macht, aber auch der Zölibat und der Umgang mit Sexualität, insbesondere mit Homosexualität.“ Auch die Rolle der Beichte müsse überdacht werden, weil Täter sie zum Teil zur Tatanbahnung, aber auch zur Verschleierung und zur eigenen Entlastung missbraucht hätten. Eine nähere Beschäftigung mit diesen Themen und Strukturen sei aus seiner Sicht wichtiger als die Diskussion über einzelne Zahlen, die ohnehin nur „die Spitze eines Eisbergs“ zeigen könnten.

CHRIST IN DER GEGENWART wird eine ausführliche Analyse der Studie in einer der nächsten Ausgaben vornehmen.

Verfolgte Christen auch hierzulande schützen

Verfolgte Christen im Nahen Osten brauchen mehr Unterstützung aus dem Westen. Das erklärte Johann Marte, langjähriger Präsident der Stiftung „Pro Oriente“. Es sei sehr beeindruckend, „wie sich die Christen angesichts der schwierigen Bedingungen so lange halten konnten“, sagte er im Interview mit der Zeitschrift „Information christlicher Orient“. Viele

christliche Flüchtlinge trauen sich nicht einmal in Europa, ihren Glauben offen zu bekennen, weil sie von anderen, muslimischen Flüchtlingen angefeindet werden. Das betreffe auch die Konvertiten, aber nicht nur. „Gegen diese christenfeindliche Stimmung in unseren eigenen westlichen Ländern müssen wir noch viel engagierter vorgehen“, so Marte.

Die Schattenseiten des Friedens

Der Westfälische Friede, der 1648 das grausame Schlachten des Dreißigjährigen Kriegs beendete und Katholiken, Lutheraner und Reformierte gleichstellte, hatte Historikern zufolge auch Schattenseiten. „Während die erfolgreichen Verhandlungen von Osnabrück und Münster den Menschen in Europa den lang ersehnten Frieden brachten, richteten die nun befriedeten Staaten den Blick nach außen, expandierten und gründeten Kolonien“, sagte die niederländische Historikerin Beatrice de Graaf von der Universität Utrecht im Vorfeld des Historikertags in Münster, der sich mit dem Westfälischen Frieden befasst. Diese globale Dimension habe die Geschichtswissenschaft lange übersehen.

„Mit dem Friedensschluss entstand nach und nach eine kollektive europäische Sicherheitspolitik, die Angriffe von Nachbarn auf dem Kontinent unwahrscheinlicher machte und die außereuropäische Expansion erst ermöglichte“, so Beatrice de Graaf. „Der Friedensschluss von 1648 war der Beginn einer weitreichenden Zusammenarbeit der europäischen Großmächte in Technik, Handel und Verwaltung, die Grundlage der Kolonialisierung wurde.“

Das neue ausgeklügelte kollektive Sicherheitssystem brachte den Raum für gemeinsames Wirtschaften und die Erfindung von Technologien. „Quellen aus der Seefahrt und dem Militär der damaligen Zeit zeigen eindrücklich, wie Kartographen, Ingenieure, Wasserbauexperten, Juristen und Polizisten neues Wissen schufen. Konferenzprotokolle belegen, dass man nun auf Zusammenarbeit statt Konflikt abzielte“, so Beatrice de Graaf.

Bis ins 19. und 20. Jahrhundert hinein sei der gemeinsame Wissensstand in Expeditionen am Nil oder Kongo eingesetzt worden, ob im Kampf gegen Seuchen und Piraterie, in der Schiffsnavigation oder beim Bau von Wasserkraftwerken. „Erst mit dem Westfälischen Frieden im 17. Jahrhundert konnten also Wirtschaftsimperien entstehen, deren Finanzmittel und Technologien die großen Expansionszüge der Niederlande im 17. Jahrhundert, Englands im 18. und 19. Jahrhundert und des Deutschen Reiches im späten 19. Jahrhundert ermöglichten. Die Kolonialisierung der Spanier in Südamerika im 15. Jahrhundert etwa verlief noch ganz anders, ohne dieses Knowhow und im Alleingang.“

Besser laienhafte Dispute als Schweigen

Der Osnabrücker Islam-Experte Bülent Uçar hat die Muslime in Deutschland aufgefordert, ihre Religion zu erläutern und zu verteidigen. Muslime stünden in der Verantwortung, ihre Positionen öffentlich darzulegen und zu erklären, „wie sie persönlich ihren Glauben verstehen und leben“. Studien zeigten, dass viele Deutsche, die politisch nicht rechtsaußen zu verorten seien, Angst vor dem Islam hätten. „Deshalb sind selbst laienhafte theologische Dispute besser als Stillschweigen.“ Einige muslimische Institutionen lebten jedoch fernab der Realität und entzögen sich jedem öffentlichen Diskurs, so Uçar. Ihnen fehlten sprachliche Grundkompetenzen, oder sie verstünden sich als Heimatvereine. Teile der Gesellschaft stellten unterdessen das Existenzrecht von Muslimen infrage. Das zeige, wie fragil die freiheitlich-demokratische Grundordnung sei.

Diskussionen über die Vielfalt und die Weiterentwicklung theologischer Lehrmeinungen sollten nach den Worten Uçars künftig vermehrt auch in den Moscheegemeinden geführt werden. Der Islam sei in Europa viel stärker als in islamisch geprägten Ländern einem Modernisierungsdruck ausgesetzt. Gleichzeitig spürten viele Muslime die schwere Last der Tradition und hätten Angst, sich zu sehr anzubiedern. In der Begegnung mit der Moderne hätten sie es versäumt, „in den Räumen zu lüften. Jetzt sind sie verunsichert und schwanken zwischen den Extremen, die Fenster weit aufzureißen oder ganz geschlossen zu halten“, sagte der Experte. Differenzen innerhalb der islamischen Theologie müssten jedoch ausgetragen werden. „Wer die überzeugenderen Argumente hat, der wird sich theologisch durchsetzen.“

Späte Gerechtigkeit

Die chilenische Justiz lässt die grausame Diktatur-Vergangenheit nicht auf sich beruhen, auch wenn die Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit ihre Zeit braucht. Erneut sind deshalb ehemalige Geheimdienstmitarbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Den jetzt zwanzig bestraften Personen wird zur Last gelegt, bei der „Operation Condor“ in den siebziger Jahren daran beteiligt gewesen zu sein, Oppositionelle „verschwinden“ zu lassen. Das Gericht zwingt den Staat außerdem dazu, die Hinterbliebenen Entschädigungen zu zahlen.

„Operation Condor“ war der Codename für die geheime Zusammenarbeit mehrerer rechtsgerichteter Militärregierungen in den siebziger und achtziger Jahren. Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten gingen sie gegen politische Gegner vor, die des Kommunismus bezichtigt wurden. Die juristische Aufarbeitung begann erst vor wenigen Jahren. Allein in Chile sollen unter dem Diktator-General Augusto Pinochet 40 000 Personen entführt, illegal verhaftet und systematisch gefoltert, 3000 ermordet worden sein.